



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An die
Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Beilagen

LAD1-VD-176611/005-2026
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: post.lad1@noel.gv.at Bürgerservice: 02742/9005-9005 Internet: www.noel.gv.at - www.noel.gv.at/datenschutz

Bezug
V EPV 02/25

Bearbeitung
Mag. Andreas Haiden

02742/9005-
Durchwahl
12353

Datum
16. Februar 2026

Betrifft

Verordnung, mit der Festlegungen zu den Anzeigepflichten, zum Ausschreibungsverfahren und zu den Produkten der Netzreserve getroffen werden (Netzreserve-Verordnung)

Die NÖ Landesregierung nimmt zum Entwurf einer Verordnung, mit der Festlegungen zu den Anzeigepflichten, zum Ausschreibungsverfahren und zu den Produkten der Netzreserve getroffen werden (Netzreserve-Verordnung), wie folgt Stellung:

Zu § 3:

Während § 74 Abs. 3 des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes- ElWG die Verpflichtung zur Anzeige beabsichtigter Stilllegungen für Betreiber von Stromerzeugungsanlagen mit einer Maximalkapazität von mehr als 20 MW vorsieht, sieht § 3 des Entwurfes abweichend davon eine Verpflichtung für Betreiber von Anlagen schon ab 1 MW vor. Dies weitet den Kreis der Verpflichteten im Vergleich zum ElWG stark aus. Es ist davon auszugehen, dass von dieser Bestimmung auch Anlagentypen betroffen sind, deren Eignung für die Netzreserve fraglich ist.

Es wird eine Überprüfung der Bestimmung angeregt.

Weiters wird im Einleitungssatz des Abs. 1 einerseits bei Stromerzeugungsanlagen auf solche mit einer Engpassleistung von „*mehr als*“ 1 MW (Engpassleistung > 1 MW) und andererseits bei Batteriespeicheranlagen auf eine Engpassleistung von „*mindestens*“ 1 MW (Engpassleistung ≥ 1 MW) abgestellt. In § 144 Abs. 1 ElWG wird bei den Erzeugungsanlagen auf eine Engpassleistung von „*mindestens*“ 1 MW abgestellt.

Es wird angeregt, bei Erzeugungsanlagen die Voraussetzung der Engpassleistung einheitlich zu regeln.

Zu § 4:

Der Regelzonenführer soll nach § 4 Abs. 1 den Netzreservebedarf über Ausschreibungsverfahren sowie über die Flexibilitätsplattform beschaffen, wenn die Stilllegungsmeldungen mehr als das Eineinhalbfache des Netzreservebedarfs betragen.

Der Entwurf lässt offen, warum gerade die Grenze des Eineinhalbfachen festgelegt wird. Eine Klarstellung – zumindest in den Erläuterungen des Entwurfes – sollte erfolgen.

In § 4 Abs. 6 wird bezüglich der Bekanntgabe in der „zweiten Verfahrensstufe“ auf „Abs. 3“ verwiesen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Abs. 3 die erste Verfahrensstufe und Abs. 5 die zweite Verfahrensstufe der Ausschreibung betrifft.

Eine Beseitigung dieses Redaktionsversehens wird angeregt.

Zu § 6:

Die Nichtanerkennung von Kostenbestandteilen erscheint in Hinblick auf das Grundrecht auf Eigentum und das Grundrecht auf Erwerbsausübung (Art. 5 und Art. 6 Abs. 1 Staatsgrundgesetz- StGG) problematisch und sollte überprüft werden.

Nach § 6 Abs. 4 sollen Kosten binnen angemessener Frist nach Ende des Stilllegungsverbotes geprüft und ersetzt werden. Diese Bestimmung sollte aufgrund der Nicht-Anerkennungsfähigkeit von Kapitalkosten (vgl. § 145 Abs. 4 Z 2 ElWG) überprüft werden.

Weiters ist die mit dieser Bestimmung angeordnete „angemessene“ Frist unbestimmt. Eine Klarstellung sollte erfolgen.

Stilllegungsverbote (§ 6 Abs. 1) und die Aufforderung zur Bekanntgabe der Aufwendungen und Kosten (§ 6 Abs. 2) beziehen sich auf inländische Stromerzeugungsanlagen. Gemäß § 6 Abs. 5 sind auch Betreiber ausländischer Stromerzeugungsanlagen einzuladen „Angebote“ abzugeben. Die Genannten sind offenbar nicht zur Bekanntgabe von Kosten und Aufwendungen verpflichtet. Gleichzeitig soll der Regelzonenführer in der Folge alle (also in- sowie ausländische) Anlagen nach den erfolgten Kostenangaben reihen. Für ausländische Anlagen müssen Kostenangaben aber gerade nicht vorliegen.

Dadurch könnte eine sachlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung von Betreibern in- und ausländischer Stromerzeugungsanlagen in Bezug auf Kapitalkosten, Gewinnaufschläge etc. vorliegen. Es wird daher eine Überprüfung der Bestimmung angeregt.

NÖ Landesregierung
Im Auftrag
Mag. T r o c k
Landesamtsdirektor